



Interviews

13. März 2024

Thielko Grieß im Gespräch mit Bodo Ramelow

Thielko Grieß: Vor mehr als vier Jahren kam das Corona-Virus auch nach Deutschland und in wenigen Tagen ist es vier Jahre her, dass Bund und Länder die ersten Kontaktbeschränkungen beschlossen haben. Damals galten Mindestabstände für Personen, Betriebe wurden geschlossen, Schulen wurden geschlossen, Spielplätze mit Flatterband abgesperrt, Besuche in Pflegeheimen und Krankenhäusern wurden teils unmöglich und und und. Und es gab eine ganze Reihe neuer Wörter, die zum Allgemeingut wurden, Lockdown zum Beispiel, Inzidenz. Millionen Menschen gingen nicht mehr ohne Maske aus dem Haus oder der Wohnung. Später weitere Begriffe, die Alpha, Delta, Omikron-Variante, mRNA-Impfstoffe, Impfpflicht ja oder nein. Erinnern wir uns vielleicht mal an eine Zeit, die irgendwie schon sehr lange her zu sein scheint. Einige O-Töne aus der Zeit damals:

O-Ton Angela Merkel: „Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger, das Corona-Virus verändert zurzeit das Leben in unserem Land dramatisch. Unsere Vorstellung von Normalität, von öffentlichem Leben, von sozialem Miteinander, all das wird auf die Probe gestellt wie nie zuvor.“

O-Ton Olaf Scholz: „Und deshalb gibt es nicht die Entscheidung, wo jemand sagt, mich betrifft das ja nicht, ich entscheide für mich, ich impfe mich nicht, und das hat keine Konsequenzen für andere. – Doch!“

O-Ton Jens Spahn: „Dass wir miteinander wahrscheinlich viel werden verzeihen müssen in ein paar Monaten.“

O-Ton Andrew Ullmann: „Verzeihen ist sicherlich eine Möglichkeit, um die Pandemie aufzuarbeiten, aber ich bin eher für eine ehrliche Aufarbeitung und Lehren daraus ziehen.“

Grieß: Vier verschiedene Politikerstimmen waren das: Angela Merkel, damals Kanzlerin, Olaf Scholz, danach der Kanzler, Jens Spahn, damals in seiner Funktion als Gesundheitsminister, und der letzte O-Ton war von Andrew Ullmann, Gesundheitspolitiker der FDP. Das war ein O-Ton aus der vergangenen Woche, weil es darum geht, jetzt eine Analyse zu betreiben, was ist falsch gelaufen.

Tun wir jetzt mit Bodo Ramelow, Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, Zugehöriger der Partei Die Linke. Herr Ramelow, guten Morgen nach Erfurt!

Bodo Ramelow: Guten Morgen!

Grieß: Welche Maßnahmen aus der Corona-Zeit halten Sie jetzt im Nachhinein für übertrieben und falsch?

Ramelow: Erst mal halte ich es für notwendig, dass wir mit dem notwendigen Abstand und der notwendigen Ruhe und Gelassenheit uns tatsächlich die Abläufe genauer angucken und dann durchdringen, was waren richtige Entscheidungen, was waren Entscheidungen, die in der Situation keine Alternativen erst mal zugelassen haben, und ab wann haben wir erkennen können, dass die Dinge hätten anders entschieden werden müssen.

Wenn ich auf die Situation im März 2020 gehe, da fehlte mir jedes Wissen über die Frage, wie gibt sich dieses Virus weiter. Tröpfcheninfektion war das Stichwort, die Frage, ob es über Bargeld weitergegeben wird. Das hat dazu geführt, dass zu allererst das Thema Einzelhandel in den Blick genommen wurde, und später sind dann die Kindergärten dazugekommen. Und für mich bis heute quälend die ganze Frage von Alten- und Pflegeheimen, das Sterben, ohne dass Angehörige ihre Angehörigen besuchen konnten. Eine ganze Bandbreite, die wir anschauen müssen, und dann bleibt die nüchterne Frage, war die Krisensteuerung, so wie wir sie in Deutschland organisiert haben, die richtige? Das ist keine Frage der nachdrücklichen Schuldzuweisung, sondern was müssten wir jetzt für Konsequenzen ziehen, damit in jeder Zukunftsfrage sich solche scheinbaren Fehler nicht mehr wiederholen.

Grieß: Machen wir das doch der Reihe nach. Ich möchte noch einmal kurz nachfragen. Sie haben von Gedanken gesprochen, die Sie gequält haben. Wann hat die Qual eingesetzt?

Ramelow: Das hat mich die ganze Zeit begleitet, jede der Entscheidungen. Das ging schon los an dem Tag, an dem Frau Merkel uns eingeladen hat als Ministerpräsidenten. Ich bin morgens in Erfurt gestartet, habe gesagt, niemals im Leben werde ich eine Schule schließen, und der Tag endete in einer Sondertelefonschaltung mit meinem Kabinett, bei der ich vorgetragen habe, welche Kaskaden von Ansteckungsdynamiken könnten entstehen nach dem, was wir zu diesem Zeitpunkt wussten. Wir sahen die Bilder aus China, wir hatten erste Informationen aus Bergamo, meine Schwiegermutter lebte in Parma, nicht weit davon entfernt. Ich hatte ein sehr nahes Gefühl dafür, was sich in Italien schon in einigen Hotspots abspielte. Davon war Thüringen noch weit entfernt und man hatte das Gefühl in diesem Moment, das sei irgendwo auf einer ganz anderen Ebene des Planeten und gar nicht bei uns.

Dann wurde es sehr deutlich: Es klopft jetzt bei dir an die Tür und du musst Voraussetzungen schaffen, ob deine Krankenhäuser das schaffen, ob das medizinische Personal das alles schaffen kann. Da war die Frage, wie unterbrechen wir erst mal die Infektion. Deswegen waren die ersten Maßnahmen ziemlich brutal, indem man gesagt hat, Berührungsverbote, Unterdrückung von Begegnung und all das, was irgendwie möglich war. Dann ging es in der nächsten Etappe weiter mit Fragestellungen, bei denen ich mich dann wirklich gequält habe, ist das richtig. Ich gebe zu, dass ich in der Zeit auch wirklich viele schlaflose Nächte hatte.

Grieß: Haben Sie in der Ministerpräsidentenkonferenz auch in den Folgemonaten und Jahren energisch widersprochen, als es darum ging, erneut zum Beispiel die Schulen zu schließen?

Ramelow: Wenn wir auf 2021 schauen, gab es einen Konflikt – das kann man auch in der Presse nachlesen -, wo ich sehr deutlich gesagt habe, ich bin nicht mehr bereit, weitere Entscheidungen der MPK mitzutragen, wenn die Parlamente nicht beteiligt werden. Das war Ende 2020. Da gab es einen massiven Konflikt auch zwischen mir und der Bundeskanzlerin. Das endete dann tatsächlich damit, dass die Parlamente einbezogen wurden, weil bis zu diesem Zeitpunkt hat das Krisenmanagement, die Bundesregierung und die Ministerpräsidentenkonferenz das ganz alleine gemacht. Die Parlamente waren überhaupt nicht beteiligt und das habe ich schon für

ein demokratieproblematisches Thema gehalten. Daraus entstanden ist aber dann auch die Frage – und das ist dann 2021; das kann man im Nachhinein klarer definieren -, das Zumachen von Spielplätzen und dann die erneute Schließung von Schulen, obwohl wir zu diesem Zeitpunkt schon wussten, dass Kinder am wenigsten an Corona erkranken. Da bestand nur noch die Gefahr, dass Kinder möglicherweise das Virus weitergeben. – Die Frage, was lernten wir in dem Prozess und wann haben wir angefangen, aus dem Prozess Konsequenzen zu ziehen.

Grieß: Da muss doch die Antwort dann lauten, wir haben im Prozess zu wenig gelernt.

Ramelow: Es war manchmal auch ein ziemliches Umgebensein von ganz vielen lauten Stimmen, die dann das Gegenteil gesagt haben.

Grieß: Entschuldigen Sie, Herr Ramelow, aber die Politik tut ja nun wirklich nicht immer, was laute Stimmen sagen.

Ramelow: Verzeihen Sie, dass ich einfach mal das erläutern will. Als wir die zweite Fragestellung hatten, 2021 Schulen zu schließen, waren es auch die Lehrerverbände und die Lehrervertreter, die gesagt haben, ihr setzt uns einer körperlichen Gefahr aus, weil wir Lehrerinnen und Lehrer sind die Erwachsenen und werden dann mit dem Virus aus der Gefahr des Virus ausgesetzt. Ich habe auch noch sehr lebhaftere Erinnerungen, dass mein Bildungsminister ganz vehement gesagt hat, er schließt keine Schule mehr, und es gab dann eine Mehrheit im Parlament, die auch den Bildungsminister in Thüringen gezwungen hat, erneut die Schulen zu schließen. Im Nachhinein wissen wir, dass diese Maßnahmen dann wirklich nicht mehr diese Wirkung hatten, die sie hätten entfalten sollen, und zu diesem Zeitpunkt war auch das Absperren von Kinderspielplätzen eine völlig sinnlose Aktivität. Und wenn man dann noch einbezieht, dass im Jahr 2021 die Frage der Kontaktreduzierung in Betrieben überhaupt nicht stattgefunden hat. Dort hat man dann Infektionsunterbrechungen gemacht. Die ganzen Infektionsketten sind dort genauer untersucht worden. Das fand ich sehr gut. Aber wir hätten das im gesellschaftlichen Leben auch so anwenden können. Und die ganze Frage des Einzelhandels, kleine Läden zu, große Läden zu, ganz große Läden zu, da hätte man schon längst mit anderen Methoden Infektionsabwehr betreiben können.

Letztlich bleibt für mich die Frage: Ist die MPK überhaupt die richtige Institution, um Krisenmanagement in Deutschland zu leisten. Da habe ich heute eine klare Meinung. Mir wäre es lieber gewesen, im Jahr 2021 hätte der Bundeskrisenstab übernommen. Dann wäre ich Teil der Kette geworden, in der auch der Krisenstab mir Anweisungen gibt, was in ganz Deutschland anzuwenden ist.

Grieß: Sie selber haben ja mal auf Ihrem Handy herumgedaddelt in der MPK, aber ohne, das jetzt in den Vordergrund stellen zu wollen.

Ramelow: Das war die berühmte Osterruhe 2021. Da habe ich sechs Stunden in einen leeren Bildschirm geschaut und habe in der Zeit Candy Crush gespielt. Hinterher haben alle gesagt, was ich für ein unmöglicher Mensch sei, dass ich Candy Crush spielen würde. Aber was niemand bedacht hat ist, dass ich sechs Stunden auf diesem Bildschirm weder Frau Merkel, noch die Bundesregierung gesehen habe, auch meine Kollegen. Wenige waren noch da und alle warteten darauf, dass es weitergeht im Gespräch, und dann kam die Osterruhe raus, die am nächsten Tag wieder aufgehoben wurde.

Grieß: Jetzt würde ich gerne noch mal kurz, wenn ich darf, nach dem fragen, was Sie eben vor allem inhaltlich gesagt haben. Sie haben gesagt – so habe ich Sie verstanden -, die Ministerpräsidentenkonferenz, die MPK sei ein Gremium, das zum Beispiel für eine künftige Pandemie nicht das Geeignete sei. Ich habe Sie so verstanden, dass Sie Macht abgeben würden an den Bund, an den Bundeskrisenstab. Das tut doch sonst kein Ministerpräsident. Warum Sie?

Ramelow: Das ist ja nicht Macht abgeben. Es ist Ohnmacht abgeben. Wir müssen uns da mal ehrlichmachen. Das Management, das wir dort betrieben haben, war am Anfang ein ohnmächtiges, nämlich eine Pandemie abzuwehren. Deswegen waren die Vorschläge, die die Bundesregierung gemacht hat, sehr eindringlich. Ich erinnere mich an die erste Sitzung. Da war der Vertreter des Bundesgesundheitsamtes genauso da wie der Charité, die uns sehr deutlich gesagt haben, wie stark sich das Virus ausbreiten und verbreiten und dynamisieren wird.

Grieß: Denken Sie denn, dass im Bund bessere Entscheidungen getroffen werden würden als in der Runde der MPK?

Ramelow: Nicht im Bund, sondern für den Bund. Deswegen sage ich, ein Bundeskrisenstab ist kein Abgeben an Macht, sondern eine strategische Entscheidung, die wir ja auch treffen, wenn wir Hochwasser haben oder wenn wir andere Katastrophen haben. Wir kämen doch auch nicht auf die Idee, eine Hochwasserabwehr über eine Ministerpräsidentenkonferenz zu machen, sondern wir würden dem Hochwasser folgen. Wir würden schauen, wo kommt das Wasser her und wo müssen überall Deichanlagen gebaut werden und wie müssen wir den Menschen helfen, die links und rechts von einem Hochwasser betroffen sind. Eine Krisenabwehr, auch wenn sie durch eine Infektion entsteht, bedeutet zum Beispiel das, was wir am Versorgungssystem bundesweit gemacht haben. Das ist die sogenannte Kleeblatt-Einrichtung. Die hat hervorragend funktioniert. Da hat aber kein Ministerpräsident entschieden, ob Patienten woanders behandelt werden, sondern das haben tatsächlich Fachleute entschieden, wo ist Kapazität und wie können wir Patienten dort schnell hinbringen.

Grieß: Eine halbe Minute haben wir noch, Herr Ramelow. Ich würde gerne noch kurz fragen zum Verständnis. Schlagen Sie deshalb eine Grundgesetzänderung vor?

Ramelow: Nein, das brauchen wir gar nicht. Wir brauchen eine Entscheidung, ab welcher Stufe von einer Pandemie und in welcher Entwicklung tatsächlich ein Krisenstab bundesweit einheitlich handeln kann und handeln muss, und der muss in der Autorität so ausgestattet sein, dass die Ministerpräsidentenkonferenz deren Entscheidung auch folgt. Wir wären ja froh gewesen, wenn wir einheitliche Vorgaben gehabt hätten. Ich sage mal das Beispiel: Soll die Bundesliga spielen zu einem Zeitpunkt, wo wir den Vereinen noch verboten haben, auf ihre eigenen Vereinsgelände zu gehen, um wenigstens Sanierungsarbeiten zu machen. Da durften Handwerker auf die Vereinsgelände, aber das Vereinsmitglied, der Handwerker ist, durfte nicht hin. Das hat ja teilweise kuriose Situationen gehabt: Baumarkt auf, Baumarkt zu, Gartenmarkt auf, Gartenmarkt zu. Ich habe irgendwann entschieden, die Gartenmärkte sind auf, damit die Menschen ihre Gärten organisieren, weil Kleingärten sind der beste Schutz für vulnerable Gruppen gewesen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

